

DAS THEMA

Auf einer Klausurberatung am 27. und 28. Februar in Tambach-Dietzharz hatte sich die Landtagsfraktion DIE LINKE zu den Planungen für den Doppelhaushalt 2018/19 verständigt. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion und der Thüringer Linkspartei, sagte zu den Ergebnissen:

„Unser Ziel ist es, spürbare Verbesserungen im Leben möglichst vieler Menschen in Thüringen zu ermöglichen. Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Geld für gute Arbeit, für bessere Bildung, Gesundheit und verlässliche öffentliche Infrastruktur sind unsere Schwerpunkte für den Haushalt. Das Zukunfts-Investitionsprogramm und das Kommunal-Investprogramm der Landesregierung sind Grundlagen für die politischen Schwerpunkte. Rot-Rot-Grün wird gut 600 Millionen Euro mehr als bisher für Schulen und Kitas, Kommunen und die soziale, kulturelle und mobile Infrastruktur einsetzen.“

Als LINKE werden wir in den anstehenden Beratungen besonders für die Verstärkung der Arbeitsmarktprogramme, für die Einführung eines Azubi-Tickets und einen einheitlichen Verkehrsverbund, die Verringerung des Unterrichtsausfalls, mehr Lehrer, die Übernahme des Tarifiergebnisses für die Beamten, bessere Seniorenmitwirkung und faire Entlohnung im Sozialbe-

„Wir gestalten und investieren“

Klausur der Linksfraktion zum nächsten Doppelhaushalt

reich streiten. Wir machen´s gerecht!“ Mike Huster, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und haushaltspolitischer Sprecher, sagte zu den rot-rot-grünen Haushaltsberatungen: „Koalition und Regierung führen ihren kon-

Rot-Rot-Grün gießt die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag mit dem Doppelhaushalt 2018/19 in Zahlen.“

Zudem hat die Linksfraktion auf ihrer Klausur das „Personalentwicklungskonzept 2025“ beraten, mit dem in

Thüringen die Weichen vom Personalabbau der CDU-geführten Vorgängerregierungen hin zu einer auf Fachkräftegewinnung ausgerichteten Personalstrategie gestellt werden sollen. Um den Unterrichtsausfall an Schulen zu verringern, setzt sich DIE LINKE für die Einstellung von 1.500 Lehrern

für die kommenden zwei Jahre ein – also deutlich mehr Pädagogen als bisher geplant. Vom beitragsfreien Kita-Jahr werden ab dem nächsten Jahr 15.000 Familien pro Jahr in Thüringen profitieren. Außerdem sollen die Gelder für Investitionen und Personal an den Kindergärten erhöht werden. ■

Investitionen in Schulen, Kitas und Geld für Kommunen sind gute Ausgaben für Thüringen.

DIE LINKE.
Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landesparlament

strukturen haushaltspolitischen Dreiklang fort: Wir gestalten und investieren, wir federn durch Rücklagen Zukunftsrisiken ab und tilgen weiterhin in verantwortungsvoller Weise den von den früheren CDU-Regierungen aufgehäuften Schuldenberg. Unsere Haushaltspolitik ist solide und solidarisch.

Tourismusabgabe

Die für Thüringen angekündigte Einführung einer Tourismusabgabe hat der LINKE Abgeordnete Knut Korschewsky ausdrücklich begrüßt. Dies sei „ein Instrument, das es Kommunen ermöglicht, die notwendigen Eigenanteile bei der Förderung zur Instandhaltung und zum Ausbau der touristischen Infrastruktur vor Ort aufzubringen.“

Der Politiker verwies darauf, dass Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor ist: „Kommen Gäste in eine Region führt das immer auch zur lokalen Wertschöpfung bei Gewerbetreibenden. Deshalb haben Unternehmer auch stets ein Interesse daran, dass unsere Orte mit einer vernünftigen Infrastruktur ausgestattet sind, um Gäste aus Nah und Fern anzulocken. Oftmals scheitern die Kommunen aber an der Tatsache, dass bei der Haushaltsaufstellung die freiwillige Aufgabe Tourismus hintenunterfällt. Genau das kann mit der zweckgebundenen Tourismusabgabe, deren Einnahmen verbindlich für touristische Investitionen zu nutzen sind, künftig nicht mehr passieren. Deshalb verstehe ich auch nicht die Vorbehalte der kommunalen Spitzenorganisationen und hoffe, dass diese im Zuge der weiteren Diskussion noch einmal überdacht werden.“ Beispiele aus anderen Bundesländern, etwa Sachsen, belegten die positiven Effekte. Der kommunale Investitionsstau im Bereich des Tourismus könne zielstrebig abgebaut werden und Landes- und Bundesfördermittel könnten zügiger an die Kommunen abfließen. ■

Für eine gute Bildungspolitik

Mit Blick auf die Studie „Chancenspiegel 2017“ hatte der bildungspolitische Sprecher Torsten Wolf erklärt:

„Wir als LINKE-Landtagsfraktion setzen mit unserer Bildungspolitik und Personalpolitik für die Schulen die Rahmenbedingungen. Noch nie in der jüngeren Geschichte Thüringens wurden so viele Lehrer und Erzieher eingestellt, noch nie so viel in Schulbau und -sanierung investiert wie unter Rot-Rot-Grün. Wir sind die verlässlichen und gestaltenden Partner der Schulen, der Schüler und der Eltern.“

Die Studie zeigt zuerst: dass in Deutschland nach wie vor ein enger Zusammenhang von Herkunft und Bildungschancen besteht, dass zu viele Schüler mit Motivationsproblemen und schwachen Leistungen zu kämpfen haben. Wir freuen uns, dass Thüringen besser abschneidet als fast alle anderen Bundesländer, dass hier die soziale Selektion weniger wirksam ist. Rot-Rot-Grün ist eine gute Ausstattung des Bildungssystems mit Lehrern, Schulsozialarbeit und Psychologen wichtig. Das werden wir auch im kommenden Landeshaushalt mit noch einmal 1.500 Neueinstellungen in zwei Jahren beweisen – eine Kraftanstrengung. Wenn die Studie den Mangel an Bildungschancen für junge Ausländer als eines der Hauptprobleme im gegenwärtigen Bildungssystem benennt, so wissen wir, dass wir hier dranbleiben müssen. Aktuell bereitet Thüringen ein Landesprogramm vor, das für geflüchtete Jugendliche mit Lücken in der Sprachbeherr-

schung und im Schulwissen den Einstieg in eine berufliche Ausbildung in Thüringen deutlich verbessern soll.“

Regelungsbedarf bei Mindestgrößen von Schulklassen

Zur derzeitigen Diskussion zu Mindestgrößen im Schulbereich sagte Torsten Wolf: „Thüringen ist das einzige Bundesland, das keine verbindlichen Regelungen zu Klassenmindestgrößen ausweist. Dies ist in Zeiten einer durchdachten und zukunftsfähigen Schulstruktur nicht länger tragbar.“ Die rot-rot-grüne Landesregierung werde im Laufe der Legislatur den von der CDU zu verantwortenden Sanierungsstau an den Thüringer Schulen nahezu halbieren. „Um zukunftsfähige und für die organisatorische wie pädagogische Schulentwicklung notwendige Strukturen zu schaffen, haben wir nicht nur eine massive Schulbauinvestitions-Initiative auf den Weg gebracht, sondern mit einer neuen Schulbaurichtlinie auch die Zukunftsfähigkeit gesichert.“

Hintergrund: Der Gemeinde- und Städtebund hatte in einer gemeinsamen Erklärung im Jahr 2006 der Landesregierung Klassenmindestgrößen vorgeschlagen: für Grundschulen mind. 15 (Gesamt 60), pro Jahrgangsstufe mind. 36 in den Regelschulen (gesamt 216), für Gymnasien 60 pro Eingangsklassenstufe. Dies hatte der Gemeinde- und Städtebund im Dezember 2016 bestätigt und entsprechende Regelungen angemahnt. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Unterstützung für engagierte Sportler

Lauterbach liegt am Rande des Hainich zwischen Eisenach und Mühlhausen, hat weniger als 700 Einwohner, ist aber sportlich in der 2. Bundesliga vertreten. Dafür sorgt die Damenmannschaft des „Harsberger Kegelsportverein BLAU-WEISS Lauterbach e. V.“, Tabellenplatz drei. Der Verein übernimmt auch Aufgaben der örtlichen Jugend- und Gemeindearbeit. So können im Projekt mit der DJH Jugendherberge Lauterbach Besucher die Kegelbahn kostenfrei nutzen und werden dabei professionell betreut. Dies hatte die LINKE Wahlkreisabgeordnete Kati Engel zum Anlass genommen für die Übergabe eines Schecks aus dem Spendenfonds der Alternative 54 e.V. Sie sagte: „Wenn jungen Menschen Sport näher gebracht wird, ist dies immer unterstützenswert. Gerade im ländlichen Raum, wo die Freizeitmöglichkeiten oft begrenzt sind, ist dies umso wichtiger.“ ■



Abgeordnetenrecht umfassend reformieren

Die AfD-Fraktion hatte in der Landtagssitzung am 22. Februar einen Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Abgeordnetengesetzes eingebracht. In der Debatte hatte es für die Linksfraktion Knut Korschewsky zurückgewiesen, mit öffentlicher Effekthascherei das Abgeordnetenrecht reformieren zu wollen. Notwendig ist vielmehr eine umfassende Reform des Abgeordnetenrechts, wozu die LINKE in der Vergangenheit bereits Initiativen vorgelegt hatte. „Uns geht es neben den Fragen der Altersversorgung auch um die Abschaffung der automatischen Diätenerhöhung und der steuerfreien Aufwandspauschalen, also um die steuerliche Gleichstellung mit den 'normalen' Bürgern.“ Bei der Erarbeitung dieses „Reform-Gesamtpakets“ sollten auch Sachverständige aus Wissenschaft und Praxis hinzugezogen werden. In anderen Bundesländern wurden solche umfassenden Reformen schon erfolgreich durchgeführt, wie in Nordrhein-Westfalen als erstem Bundesland bereits vor mehr als zehn Jahren. ■